



An die
Präsidentin des Nationalrates
Doris Bures
Parlament
1017 Wien

GZ. BMVIT-12.000/0005-I/PR3/2016
DVR:0000175

Wien, am 28. Juni 2016

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Doppler und weitere Abgeordnete haben am 28. April 2016 unter der **Nr. 9124/J** an meinen Amtsvorgänger Herrn Mag. Gerald Klug eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Schließung weiterer Poststandorte im Bundesland Salzburg gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu Frage 1:

- *Wie hat sich die Zahl der Poststandorte, - filialen im Bundesland Salzburg seit 2006 entwickelt? (aufgegliedert auf Postleitzahlen und Jahre)*

Ab dem Jahr 2009 liegen meinem Ressort folgende Daten vor:

Salzburg			
	Eigenbetriebene Postgeschäftsstellen	Fremdbetriebene Postgeschäftsstellen	Postgeschäftsstellen gesamt
2009	92	30	122
2010	55	36	91
2011	45	45	90
2012	37	52	89
2013	37	56	93
2014	36	61	97
2015	36	69	105

2016	35	73	108
------	----	----	-----

Zu den Fragen 2 bis 6:

- Wie viele und welche Poststandorte, -filialen sollen bis 2020 im Bundesland Salzburg geschlossen werden?
- Wie viele Post-Arbeiter und -Angestellte werden auf Grund dieser geplanten Schließungen ihren Job verlieren?
- Sollen diese Betroffenen in anderen Postfilialen untergebracht werden?
- Wenn ja, in welchen?
- Wie argumentieren Sie diese Schließungen?

Die Unternehmensführung der börsennotierten Post AG unterliegt nicht dem Vollzugsbereich des Bundesministers für Verkehr, Innovation und Technologie. Die in den Fragen angesprochenen unternehmerischen Entscheidungen liegen im Zuständigkeitsbereich des Unternehmens.

Die unternehmerische Entscheidungsbefugnis kann jedoch nur im Rahmen der Vorgaben des Bundesgesetzes über die Regulierung des Postmarktes (Postmarktgesetz-PMG) ausgeübt werden. Die Einhaltung der Regelungen des PMG wird laufend von den zuständigen Behörden geprüft.

Mag. Jörg Leichtfried

